

FEMINISTISCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK: WAS DENKT DIE BEVÖLKERUNG?

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage

Zentrale Ergebnisse

- Bereits im September 2022 ist der Begriff „feministische Entwicklungspolitik“ in der deutschen Bevölkerung bekannter als die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDGs*) der Vereinten Nationen.
- Es bestehen Vorbehalte gegenüber feministischer Entwicklungspolitik. Im Vergleich zu anderen möglichen Schwerpunktsetzungen der Entwicklungspolitik (z. B. menschenrechtsbasierte oder friedensfördernde Entwicklungspolitik) wird sie im Durchschnitt am negativsten bewertet.
- Für eine feministische Entwicklungspolitik sprechen aus Sicht der Bevölkerung vor allem Gründe, die die Gleichberechtigung aller Menschen betonen.

Die nach wie vor mangelnde Geschlechtergerechtigkeit ist eine drängende globale Herausforderung. Vor diesem Hintergrund kündigte die Bundesregierung 2021 in ihrem Koalitionsvertrag eine *feminist foreign policy* an (Bundesregierung, 2021). Diese soll die Rechte, Repräsentanz und Ressourcen von Frauen und marginalisierten Gruppen stärken und die Anerkennung von Diversität fördern („3R+D“, Auswärtiges Amt, 2022). Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) legte sich auf eine feministische Entwicklungspolitik fest.

Von Anfang an wurden dabei auch kritische Stimmen laut. Ein prominentes Beispiel dafür ist der Redebeitrag des Oppositionsführers Friedrich Merz am 23. März 2022 im Bundestag. Darin hatte der CDU-Politiker dafür plädiert, das geplante Sondervermögen für die Bundeswehr nicht für feministische Außen- und

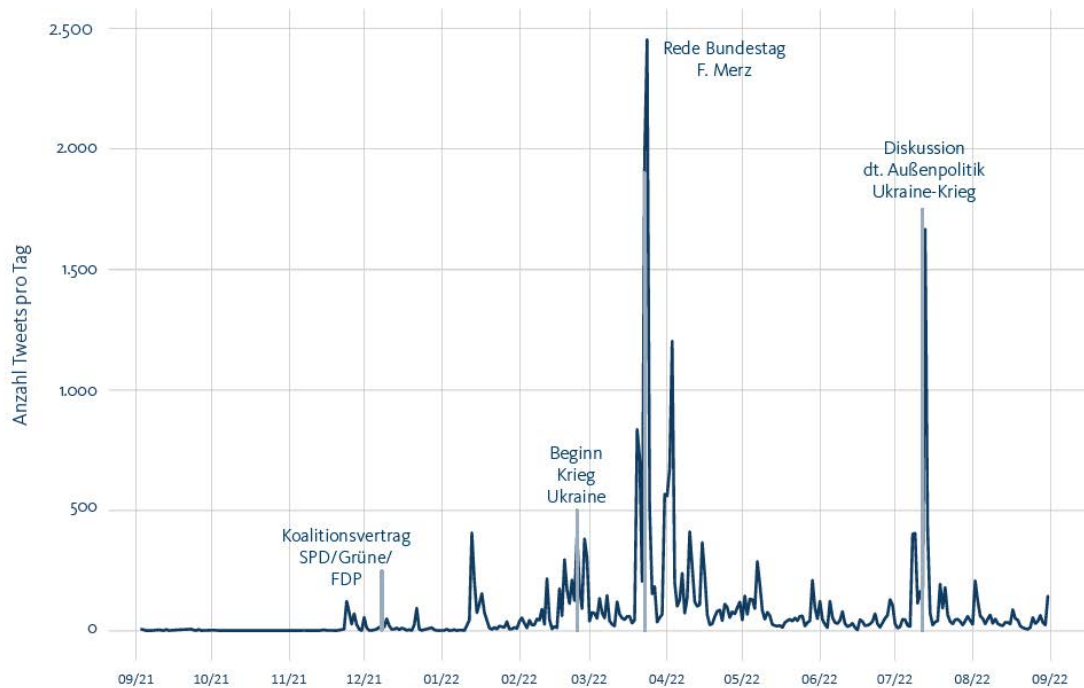
Entwicklungspolitik einzusetzen – und damit seine Vorbehalte gegenüber diesem außenpolitischen Leitbild ausgedrückt. Auch in den (sozialen) Medien wird die feministische Ausrichtung der Außen- und Entwicklungspolitik diskutiert, insbesondere seit Beginn des Krieges in der Ukraine, wie durch eine Analyse des Kurznachrichtendienstes Twitter deutlich wird (siehe Abbildung 1).

Auf eine feministische Ausrichtung der Außen- und Entwicklungspolitik gibt es also in der politischen Debatte divergierende Perspektiven, und sie ist Anlass für Diskussionen in den (sozialen) Medien. Wie steht es aber um die Einstellung der Bevölkerung? Um dieser Frage nachzugehen, wurde im Rahmen des Meinungsmonitors Entwicklungspolitik die öffentliche Meinung zu feministischer Entwicklungspolitik untersucht. Dazu wurde eine repräsentative Befragung des Development Engagement Lab (DEL) unter 2.059 Personen ab 18 Jahren in Deutschland im Juni 2022 ausgewertet, die ein erstes Blitzlicht auf die Einstellungen der Bevölkerung zu diesem Thema wirft.

Feministische Entwicklungspolitik hat schnell an Bekanntheit gewonnen

In der Umfrage gaben 12 Prozent der Bevölkerung an zu wissen, was mit feministischer Entwicklungspolitik gemeint ist. Weitere 22 Prozent haben den Begriff zumindest schon einmal gehört. Der Mehrheit der Bevölkerung (59 %) ist er jedoch nicht bekannt. Damit ist „feministische Entwicklungspolitik“ dennoch bereits bekannter als die SDGs sechs Jahre nach ihrer Verabschiedung (8 % wissen, worum es sich bei den SDGs handelt; 21 % kennen zumindest den Begriff; siehe Schneider et al., 2022). Diese Ergebnisse unterstützen die Befunde der Twitter-Analyse und zeigen, dass der Begriff der feministischen Entwicklungspolitik schnell an Bekanntheit und Aufmerksamkeit gewonnen hat.

Abbildung 1 Feministische Außen- und Entwicklungspolitik auf Twitter



Quelle: DEval, eigene Darstellung; Datenbasis: Meltwater (Twitter); Zeitraum 01/09/2021–31/08/2022. Dargestellt ist die Anzahl der Twitter-Beiträge bzw. Tweets pro Tag, in denen „feministische Entwicklungspolitik“ oder „feministische Außenpolitik“ genannt wird. Zum Vergleich: Eine Abfrage der Anzahl aller deutschsprachigen Tweets aus Deutschland hat für zufällig ausgewählte Tage rund 400.000 bis 600.000 Tweets pro Tag ergeben.

Öffentlichkeit zeigt sich skeptisch

Welche Meinung hat die Bevölkerung zu feministischer Entwicklungspolitik? Auf einer Skala von 1 = „sehr negativ“ bis 7 = „sehr positiv“ wird sie mit einem Mittelwert von 4,0 im Durchschnitt neutral bewertet (siehe Abbildung 2, links, dunkelblauer Punkt „Durchschnitt“). Auffallend sind die vielen „weiß nicht“-Angaben (38 %). Das deutet darauf hin, dass Mitte 2022 noch wenige Menschen eine klare Meinung zu feministischer Entwicklungspolitik hatten. Die Streuung der Antworten (Standardabweichung = 1,8 Skalenpunkte) ist im Vergleich zu den alternativ abgefragten entwicklungspolitischen Schwerpunktsetzungen etwas höher, was zeigt, dass die Meinungen zu feministischer Entwicklungspolitik etwas stärker variierten.

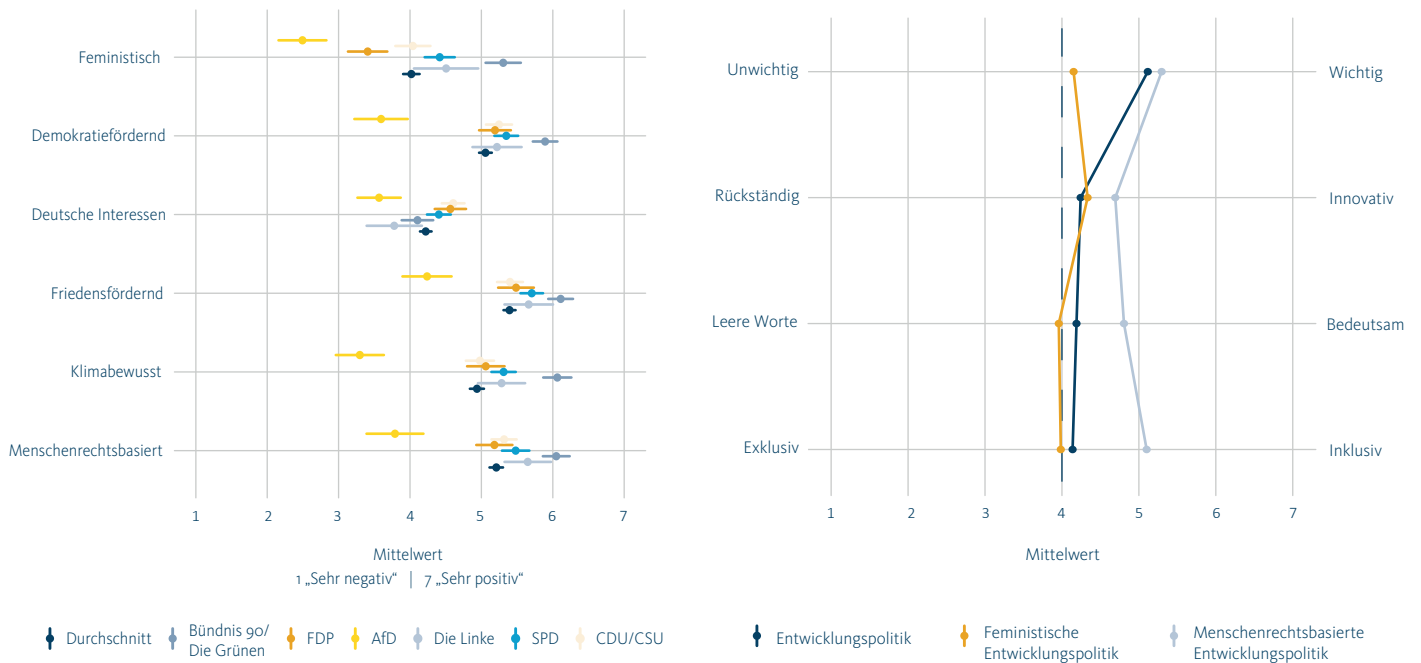
Insgesamt wird der Ansatz einer feministischen Entwicklungspolitik im Vergleich zu anderen möglichen Schwerpunktsetzungen der Entwicklungspolitik negativer beurteilt. Am positivsten schneiden eine „menschenrechtsbasierte“ (Zustimmung = 5,2) und eine „friedensfördernde“ (Zustimmung = 5,4) Entwicklungspolitik ab. Dies könnte durch den Krieg in der Ukraine beeinflusst sein, der zum Erhebungszeitpunkt die öffentliche Diskussion dominierte.

Andererseits könnten ebendiese Gewaltkontexte aufgrund der besonderen Vulnerabilität von Frauen und Mädchen die Unterstützung feministischer Entwicklungspolitik grundsätzlich fördern – was sich in den Daten jedoch bisher nicht zeigt.

Die genannte Einschätzung findet sich weitgehend über alle Parteien hinweg. Auch Menschen, die bei der jüngsten Bundestagswahl die SPD – und damit die Partei der Entwicklungsministerin Svenja Schulze – gewählt haben, bewerten eine feministische Entwicklungspolitik deutlich weniger positiv (Mittelwert = 4,4) als eine menschenrechtsbasierte, friedensfördernde, klimabewusste oder demokratiefördernde Entwicklungspolitik (alle Mittelwerte zwischen 5,3 und 5,7). Lediglich eine von deutschen Interessen geleitete Entwicklungspolitik schneidet bei SPD-Wähler*innen nicht besser ab (Mittelwert = 4,4).

Das Thema polarisiert

Auffallend ist, dass eine feministische Entwicklungspolitik vergleichsweise stark polarisiert: Die Differenz zwischen der Bewertung durch AfD-Anhänger*innen (Mittelwert = 2,5) und durch Wähler*innen der Grünen (Mittelwert = 5,3) ist

Abbildung 2 Einstellung zu verschiedenen Ausrichtungen von Entwicklungspolitik

Quelle: DEval, eigene Darstellung auf Basis der DEL-Sandbox-Erhebung (6/2022); N = 2.059. Links: Die Aussagen wurden anhand einer siebenstufigen Antwortskala von 1 = „sehr negativ“ bis 7 = „sehr positiv“ erhoben. Die Ergebnisse sind aufgeschlüsselt für die letzte gewählte Partei. Rechts: Randomisierte Zuteilung der Befragten in drei Treatment-Gruppen. Allen Gruppen wurden dieselben vier Fragen (Gegensatzpaare von Adjektiven) gestellt. Der Einleitungstext variierte je nach abgefragter Ausrichtung von Entwicklungspolitik. Die Zustimmungswerte wurden anhand einer 7er-Skala abgefragt. Die genauen Formulierungen sind auf Anfrage verfügbar.

mit 2,8 Skaleneinheiten größer als bei allen anderen abgefragten Ausrichtungen der Entwicklungspolitik. Auch fällt die Meinung der Wähler*innen der übrigen Parteien (CDU/CSU, FDP, Die Linke) deutlich negativer aus als die Meinung der Grünen-Wähler*innen. Bei den übrigen entwicklungspolitischen Ansätzen unterscheiden sich die Meinungen der Wähler*innen der verschiedenen Parteien – mit Ausnahme jener der AfD – weniger.

Insgesamt stellt sich eine feministische Entwicklungspolitik als progressive Ausrichtung der Entwicklungspolitik dar, die jedoch weniger konsensfähig über politische Lager hinweg ist als mögliche Alternativen. Insbesondere mit Blick auf FDP-Anhänger*innen (siehe Abbildung 2, links, orangene Punkte) zeigt sich, dass das Label „feministische“ Entwicklungspolitik deutlich negativer eingeschätzt wird als von Anhänger*innen der übrigen Parteien der politischen Mitte. Dieser Unterschied findet sich für die weiteren abgefragten Ausrichtungen von Entwicklungspolitik nicht.

Was aber unterscheidet in den Augen der Bevölkerung „allgemeine“ Entwicklungspolitik von einer „feministischen“ beziehungsweise „menschenrechtsbasierten“ Entwicklungspolitik? Um diese Frage zu beantworten, wurde die Einschätzung

dieser Begriffe anhand von vier Gegensatzpaaren ermittelt. Dabei erhielt eine feministische Entwicklungspolitik bei drei der vier abgefragten Gegensatzpaare die schlechteste Einschätzung (siehe Abbildung 2, rechts): Sie wird zwar als etwas innovativer angesehen als Entwicklungspolitik generell, aber als weniger bedeutsam, unwichtiger und ausgrenzender wahrgenommen als eine „allgemeine“ Entwicklungspolitik beziehungsweise eine menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik. Letztere wird durchgängig am positivsten bewertet.

Gleichberechtigung aller Menschen als Basis einer feministischen Entwicklungspolitik

Welche Begründungen für eine feministische Entwicklungspolitik findet die Bevölkerung überzeugend? Die meisten Menschen bewerten mögliche Begründungen als überzeugend, wenn sie die Gleichberechtigung aller Menschen betonen. So stuften 42 Prozent die Aussage als überzeugend ein, dass feministische Entwicklungspolitik richtig sei, weil es moralisch unverzichtbar sei, dass alle Geschlechter eingebunden würden. Dicht darauf folgen zwei solidaritätsbezogene Begründungen, die den Beitrag für benachteiligte Gruppen

und Geschlechtergerechtigkeit betonen (39 % und 41 %). Die geringste Zustimmung erhält die Aussage, dass feministische Entwicklungspolitik richtig sei, weil sie wirksam helfe, Armut zu bekämpfen und Konflikte zu befrieden (29 %).

Implikationen für die entwicklungspolitische Praxis

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bundesregierung mit dem Bekenntnis zu einer feministischen (Außen- und) Entwicklungspolitik ein herausforderndes Label gewählt hat. Auch wenn ein Bekanntheitsgrad von 35 Prozent zeigt, dass es sich dabei – wie bei Entwicklungspolitik im Allgemeinen – um ein Thema für eine Minderheit der Bevölkerung handelt, kann das Bekenntnis der Bundesregierung zu einer feministischen Entwicklungspolitik dazu beitragen, produktiv gesellschaftliche Debatten über Geschlechtergerechtigkeit und Entwicklungspolitik anzuregen. Gleichzeitig kann ein stärker polarisierter Diskurs zu Entwicklungspolitik auch den weitgehenden entwicklungspolitischen Konsens der Vergangenheit (Schneider et al., 2022) infrage stellen und eine stärkere Verknüpfung bestimmter Arten von Entwicklungspolitik mit spezifischen Parteien und ihren Programmen in der öffentlichen Wahrnehmung befördern. Die Umsetzung

einer progressiven entwicklungspolitischen Agenda, die Fragen der Geschlechtergerechtigkeit ins Zentrum stellt, kann eine intensivere öffentliche Debatte notwendig machen. Ansatzpunkte, um eine feministische Entwicklungspolitik überzeugend zu kommunizieren, könnten sein, das Konzept mit inhaltlich kongruenten, aber stärker konsensfähigen Attributen (z. B. „menschenrechtsbasiert“) zu kombinieren und die konsensfähige wertorientierte Grundlage feministischer Entwicklungspolitik zu betonen: die Gleichberechtigung aller Menschen.

Mittelfristig wird die Akzeptanz einer feministischen Entwicklungspolitik auch von ihrer konkreten Umsetzung abhängen. Wenn es mit ihrer Hilfe gelingt, relevante Veränderungen in der gegenwärtigen Praxis der Entwicklungszusammenarbeit anzustoßen und Wirkungen im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu erzielen, könnte dies helfen, eine breitere Öffentlichkeit von ihrer Sinnhaftigkeit zu überzeugen (zum Status quo der Entwicklungspolitik und möglichen Stellschrauben für ihre feministische Ausgestaltung siehe Heucher et al., 2022). Eine dergestalt wirkungsorientiert umgesetzte feministische Entwicklungspolitik hätte somit bessere Chancen, auch gesellschaftliche Mehrheiten für diesen entwicklungspolitischen Ansatz zu gewinnen.

Literatur

Auswärtiges Amt (2022), *Einbeziehen statt ausgrenzen: Was ist feministische Außenpolitik?* URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/themen/feministische-aussenpolitik>, zuletzt zugegriffen: 30.08.2022.

Bundesregierung (2021), *Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit*, Berlin.

Heucher, A., L. Smidt und L. Taube (2022), *Feministische Entwicklungspolitik: Umsetzungshinweise für eine menschenrechtsbasierte und gendertransformative Entwicklungszusammenarbeit*, DEval Policy Brief 8/2022, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.

Schneider, S. H., N. Sassenhagen, J. Eger und M. Bruder (2022), *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2022. Entwicklungspolitisches Engagement in Zeiten globaler Krisen und Herausforderungen*, Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiert, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten. Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit transparenter zu machen.



Nora Sassenhagen
Evaluatorin



**Dr. Sebastian
H. Schneider**
Teamleiter



Dr. Martin Bruder
Abteilungsleiter